



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 04.05.2023
*öffentlich***

Ort:	Gemeinschaftsschule Kastanienallee Halle (Saale) Speisesaal Kastanienallee 8 06124 Halle (Saale)
Zeit:	17:00 Uhr bis 19:29 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend

Ute Haupt
Elisabeth Nagel
Claudia Schmidt
Jan Döring
Carsten Heym
Lothar Rochau
Helga Schubert

Diana Franke

Dr. Gaby Hayne

Tobias Heinicke

Uwe Kramer

Christof Starke

Dr. Hendrik Kluge
René Moses
Mirko Petrick
Nico Teschner
Susanne Willers
Etienne Samuel Knorre
Robert Schönrok

Ausschussvorsitzender
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Gast:

Beatrice Worm

Schulleiterin
Gemeinschaftsschule/Sekundarschule

Verwaltung:

Katharina Brederlow

Alexander Frolow
Annika Seidel-Jähnig

René Lukas

Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung
und Soziales
Leiter Fachbereich Bildung
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
und Soziales
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Beate Gellert
Sören Steinke
Anna Manser

Dagmar Deckwerth
Jerome Deubel
Dr. Toralf Fischer
Dr. Tino Kleinert

Fraktion Hauptsache Halle
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Sven Bartsch
Jörg Lau
Tatjana Privorozki

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

zu Fragesteller 1 zu Fahrkartenpreise der HAVAG

Fragesteller 1 bezog sich auf den einzelnen Fahrkartenpreis der HAVAG von 2,60 Euro pro Stunde. Er sagte, dass dieser Fahrkartenpreis für eine Freizeitgestaltung z.B. in die Innenstadt für Schüler und Schülerinnen sehr hoch ist.

Frau Brederlow sagte, dass diese Kosten von der Stadt Halle (Saale) nicht übernommen werden können. Die Stadträte und Stadträtinnen können diesen Hinweis für die nächsten Gespräche mit der HAVAG mitnehmen.

Herr Dr. Wend fügte hinzu, dass dieses Thema bereits in verschiedenen Ausschüssen präsent war. Er sagte, dass es hierzu neue Tarifangebote geben muss.

Herr Heym schlug einen Teilbetrag dieser Kosten über die Schulsozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen vor. Diese könnten den Anlass einer Fahrt prüfen wie z.B. eine Unibesichtigung prüfen und dann Fahrkarten zur Verfügung stellen.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass hierbei hauptsächlich die Freizeitgestaltung gemeint ist.

Herr Rochau fragte, ob die Nutzung von Fahrrädern in diesem Zusammenhang sinnvoll wäre.

Fragesteller 1 teilte mit, dass eine Nutzung von Fahrrädern erfolglos ist, weil diese fortwährend gestohlen werden.

zu Fragestellerin 2 zum Zustand der Hundewiesen

Fragestellerin 2 bezog sich auf die Hundewiese im Südpark. Sie sagte, dass diese Hundewiese von den Hundebesitzern nicht sauber zurückgelassen wird. Des Weiteren wird der Rasenschnitt nicht entsorgt, welcher manche Menschen zum Anzünden im getrockneten Zustand verleitet.

Frau Brederlow sagte, dass eine Eigenverantwortlichkeit der Hundebesitzer bezüglich der Sauberkeit dieser Hundewiese besteht. Das Beräumen des Rasenschnitts ist ein Thema für das Grünflächenamt.

zu Fragestellerin 3 zu Freizeittreffs für Jugendliche

Fragestellerin 3 erwähnte, dass es zu wenig Freizeittreffs mit Sitzmöglichkeiten für Jugendliche gibt.

Frau Brederlow sagte, dass das Thema „Freiräume für Jugendliche“ für die gesamte Stadt Halle (Saale) relevant ist und seit einiger Zeit auch diskutiert wird. Den Hinweis auf die fehlenden Sitzmöglichkeiten und Mühleimer hat die Verwaltung aufgenommen.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass Gespräche zum Thema „Freiräume für Jugendliche“ seit vielen Jahren in der Stadt Halle (Saale) geführt werden. Er plädierte für eine Zusammenarbeit aller Stadträte und Stadträtinnen, um das anliegende Problem schnell lösen zu können.

zu Fragestellerin 4 zur Problematik im Schul- und Freizeitalltag

Fragestellerin 4 schilderte ihre Erfahrungen und die damit verbundene Problematik im Schulalltag.

Sie erwähnte folgende Schwerpunkte:

- fehlende Sportplätze und Spielplätze in Halle-Neustadt
- fehlende Kinder- und Jugendtreffs mit Sitzmöglichkeiten
- fehlende Aktivmöglichkeiten in den Schulpausen
- fehlende Arbeitsgemeinschaften in der Schule

Herr Dr. Wend bedankte sich bei allen vortragenden Kindern und Jugendlichen. Er wies darauf hin, dass die Kinder- und Jugendsprechstunde im jedem Jugendhilfeausschuss besucht und zur Fragestellung genutzt werden kann.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass der

TOP 7.1

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung eines Hauses des Jugendrechts Vorlage: VII/2023/05170 im Bildungsausschuss am 02.05.2023 von der SPD-Fraktion Stadt Halle zurückgezogen wurde.

und der

TOP 7.2.1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität Vorlage: VII/2023/05451 im Bildungsausschuss am 02.05.2023 von den beantragten Fraktionen übernommen wurde und somit von der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zurückgezogen wurden ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Wend** für die Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.03.2023
- 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 16.02.2023
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Neunte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05389
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung eines Hauses des Jugendrechts
Vorlage: VII/2023/05170
- 7.2. Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität
Vorlage: VII/2023/05353
- 7.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität
Vorlage: VII/2023/05451
- 7.3. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Graffitiwänden, insbesondere im Gebiet von Halle Neustadt
Vorlage: VII/2023/05337
8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht zum Jahresabschluss Unterhaltsvorschuss 2022 sowie aktuelle Informationen zur Auswirkung der Ukraine-Krise auf den Bereich
Vorlage: VII/2023/05459
- 8.2. Bericht Allgemeiner Sozialer Dienst
Vorlage: VII/2023/05570
- 8.3. Bericht zum Neubau und der Fertigstellung des Kinder- und Jugendschutzzentrums (KJSZ) am Standort Paul-Thiersch-Straße 1A
Vorlage: VII/2023/05583
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
- 10.1. Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2023
Vorlage: VII/2023/05584

nicht öffentlicher Teil:

11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.03.2023
11. 1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 16.02.2023
12. Beschlussvorlagen
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Jugendkulturarbeit in der Debatte zur Jugendkriminalität

Fragesteller 1 wies darauf hin, dass er ein Vertreter des Wall & Space e.V. ist. Der Verein arbeitet stadtweit mit vielen Akteuren und Vereinen im Bereich der Jugendkulturarbeit zusammen. Er fragte, welche Rolle die Jugendkulturarbeit in der Debatte um die Jugendkriminalität und Präventionsdiskussion spielt.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die heutigen anwesenden freien Träger der Jugendhilfe die Frage zur Rolle der Jugendkulturarbeit in der Debatte um die Jugendkriminalität und Präventionsdiskussion in ihren Umkreis weitergeben und diskutieren können. Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung befasst sich ebenfalls mit unterschiedlichen Angeboten in diesem Bereich. Sie sagte, dass die Jugendkulturarbeit eine wesentliche Rolle bei den Angeboten der Jugendarbeit spielt.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.03.2023

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 09.03.2023, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 16.02.2023

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift der Sondersitzung vom 16.02.2023, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Neunte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/05389

Frau Haupt stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beschlussvorlage.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Neunte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Neunte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung – gemäß der Anlage 1.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.2 Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität Vorlage: VII/2023/05353

Abstimmungsergebnis:

EinzelpunktAbstimmung

Pkt. 1 mehrheitlich zugestimmt
10 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen

Pkt. 2 mehrheitlich zugestimmt
5 Ja / 3 Nein / 5 Enthaltungen

Pkt. 3 mehrheitlich zugestimmt
4 Ja / 3 Nein / 6 Enthaltungen

Pkt. 4 mehrheitlich abgelehnt
4 Ja / 8 Nein / 1 Enthaltungen

Pkt. 5	mehrheitlich abgelehnt <i>4 Ja / 9 Nein / 0 Enthaltungen</i>
Pkt. 6	mehrheitlich abgelehnt <i>4 Ja / 6 Nein / 3 Enthaltungen</i>
Pkt. 7	einstimmig zugestimmt <i>5 Ja / 0 Nein / 8 Enthaltungen</i>
Pkt. 8	mehrheitlich zugestimmt <i>13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen</i>

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

- 1) Der Eindämmung der Jugendgewalt höchste Priorität einzuräumen und alle zur Verfügung stehenden Ressourcen effektiv zur schnellstmöglichen Problemlösung einzusetzen.
- ~~2) Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungseinheiten zu intensivieren und den Austausch mit Landes- und Bundesbehörden sowie gesellschaftlichen Akteuren (insbesondere in den Bereichen der Prävention und Opferbetreuung) zu verbessern.~~
- 2) **Sich beim Land für die Einrichtung einer Stelle einzusetzen, bei der Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfe, der Fachbereich Sicherheit und gesellschaftliche Akteure aus dem Bereich der Prävention und Opferbetreuung koordinierter zusammenarbeiten. Ebenso sollen dabei Jugendstrafrichter:innen unter Wahrung ihrer Neutralität bestmöglich eingebunden werden. Die Einrichtung einer solchen Koordinierungs- und Kooperationsstelle erfolgt dabei nicht zwangsläufig durch eine räumliche Zusammenlegung der einzelnen Organisationseinheiten. Vielmehr soll durch verbindliche Verfahrensabsprachen zur Koordination und Zusammenarbeit der Beteiligten eine Beschleunigung der Verfahren erreicht werden, beispielsweise durch die Entwicklung gemeinsamer Arbeitsabläufe und der Etablierung digitaler Prozesse.**
- 3) **In Zusammenarbeit des Fachbereichs Sicherheit mit der Polizei den öffentlichen Raum zu befrieden vermehrt zu bestreifen (insbesondere betroffene Schulwege) und dabei die Hinzuziehung von privaten Sicherheitsdiensten zu prüfen sowie gegenüber der Polizei die Einrichtung weiterer Waffenverbotszonen einzufordern. In den Schwerpunktstadtteilen werden Quartiersbüros des Fachbereichs Sicherheit eingerichtet, die als Präsenz- und Anlaufpunkte dienen.**
- 4) **Die verfügbaren Mittel für die Jugendhilfe und die Prävention zielgerichteter in Projekte gegen Jugendkriminalität einzusetzen. Die Förderungsvergabe orientiert sich dabei an bewährten Best-Practice-Beispielen.**
- ~~5) Sportvereine mit besonders hohem Anteil hilfebedürftiger Jugendlicher stärker als wirksames Instrument der Jugendhilfe zu fördern.~~
- 5) **Es wird geprüft, ob und inwieweit Vereine und Projekte, die aus freien Mitteln gefördert werden, erhöhte Förderungen erhalten können, wenn deren**

konzeptionelle Ausrichtung zusätzlich auch auf die Bekämpfung von Jugendkriminalität gerichtet ist.

- 6) Bei der Planung der Schul- und Kita-Sozialarbeit Schwerpunkte zu setzen ~~um~~ **und** Einrichtungen zu unterstützen, in denen sich Fälle von Jugendkriminalität häufen.
- 7) Eine zentrale Anlaufstelle für zum Opfer gewordene Jugendliche und deren Eltern **bei einer geeigneten Stelle der Verwaltung einzurichten, die passende Hilfs- und Unterstützungsangebote vermittelt.**
- 8) Den ~~Stadtrat~~ **Jugendhilfeausschuss** und die Öffentlichkeit regelmäßig und transparent darüber zu informieren, welche Maßnahmen unternommen werden, um die Jugendkriminalität in Halle (Saale) einzudämmen.

zu 7.3 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Graffitiwänden, insbesondere im Gebiet von Halle Neustadt
Vorlage: VII/2023/05337

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, im Stadtgebiet und insbesondere im Gebiet Halle-Neustadt Gebäudewände oder Ähnliches auszuweisen, an denen Jugendliche und junge Erwachsene legal sprayen können. Für die ausgewiesenen Graffitiwände sollen Umgangs- und Verhaltensregeln durch die Stadtverwaltung entwickelt werden.

Die Orte sollten regelmäßig von Streetworkern begangen werden, um niedrigschwellig einen Kontakt zu den Jugendlichen herstellen zu können. Denkbar wäre dabei eine Kooperation mit Jugendclubs in Halle. Die Graffitis sollen regelmäßig gereinigt, oder weiß übermalt werden.

Akteure und Multiplikatoren sind durch die Stadtverwaltung auf die zur Verfügung gestellten Graffitiwände aufmerksam zu machen, damit ihr Bekanntheitsgrad schnell gesteigert wird.

Durch eine Verlagerung illegaler Graffitis hin zu den ausgewiesenen Gebäudewänden, ist davon auszugehen, dass dadurch Reinigungskosten für illegale Graffitis zurückgehen. Insofern ist die Maßnahme kostenneutral.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Bericht zum Jahresabschluss Unterhaltsvorschuss 2022 sowie aktuelle Informationen zur Auswirkung der Ukraine-Krise auf den Bereich
Vorlage: VII/2023/05459

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Die Information ist im Session hinterlegt.

**zu 8.2 Bericht Allgemeiner Sozialer Dienst
Vorlage: VII/2023/05570**

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Die Information ist im Session hinterlegt.

**zu 8.3 Bericht zum Neubau und der Fertigstellung des Kinder- und
Jugendschutzzentrums (KJSZ) am Standort Paul-Thiersch-Straße 1A
Vorlage: VII/2023/05583**

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Die Information ist im Session hinterlegt.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Umgang mit überlangen
Kündigungsfristen bei Kindertagesstätten in freier Trägerschaft
Vorlage: VII/2023/05546**

Die Antwort der Verwaltung ist im Session hinterlegt und wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Herr Rochau zur Toilettensituation im Schulkomplex Kastanienallee

Herr Rochau schilderte die problematische Toilettensituation im Schulkomplex Kastanienallee. Er fragte, ob die Verwaltung ein Erweiterungsbau der Toiletten plant bzw. anstrebt.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.3 Frau Haupt zum Aktionsbündnis “ Genug Tränen“

Frau Haupt bezog auf das Aktionsbündnis “ Genug Tränen“, in dem auch der Verein Väteraufbruch agiert. Sie erkundigte sich, ob es eine Zusammenarbeit mit der Stadt Halle (Saale) und dem Aktionsbündnis gibt. Weiterhin teilte sie mit, dass die Fraktionen zu Gesprächen des Aktionsbündnisses eingeladen waren und am 29.04.2023 eine Mahnwache auf dem Marktplatz des Aktionsbündnisses „Genug Tränen“, stattfand. Dort wurden u.a. Schulungsmöglichkeiten für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Jugendamt angeboten.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.4 Frau Franke zum Präventionskonzept der Stadt Halle(Saale)

Frau Franke sagte, dass die Prävention in der Kinder, -und Jugendhilfe verknüpft ist mit frühzeitigen Unterstützungs-und Hilfsangeboten für die betreffenden Kinder und ihre Familien. Frühes Handeln verhindert unter Umständen „Systemsprenger“ von morgen und vielleicht auch Jugendkriminalität.

Sie fragte dazu:

1.Wie viele Kinder der Stadt erhalten derzeit Leistungen der Eingliederungshilfe im Rahmen einer integrativen Kita/Hortplatzes und durch Frühförderung?

Für wie viele Kinder davon wurde Mehrbedarf beantragt? Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund im Vergleich zu allen Kindern, die diese Hilfen erhalten? Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Kinder, die aus Familien mit Grundsicherungsleistungen kommen?

2.Wie viele Plätze für Kinder mit Kostenanerkennntnis gibt es in der Stadt?

3.Wie viele anspruchsberechtigte Kinder sind derzeit nicht versorgt?

Kinder mit hohem Unterstützungsbedarf warten aufgrund der Personalsituation und unzureichender Finanzierung sehr lange auf angemessene Hilfen.

4.Wie gestaltet sich in diesen Fällen die Zusammenarbeit des FB Bildung mit dem FB Soziales?

5.Welche Möglichkeit sieht der FB Bildung, Träger bei der Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz für Kinder mit hohem Betreuungsaufwand zu unterstützen? Der Verweis auf den Fachbereich Soziales ist nicht lösungsorientiert.

6.Wie geht es weiter mit den besonderen Fachkräften nach §21 KiföG? Die Fortsetzung des Projektes und dauerhafte Verstetigung wäre eine gute Aufgabe im Rahmen des Präventionskonzeptes der Stadt.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.5 Frau Nagel zum Haus der Jugend

Frau Nagel erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zum Umzug der Jugendberufsagentur „Haus der Jugend“ in ein anderes Stadtgebiet.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Verwaltung im Herbst 2023 eine Beschlussvorlage zum Grundsatzbeschluss einbringen wird. Momentan finden Gespräche mit der Agentur für Arbeit statt.

**zu 9.6 Herr Döring zur Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu
Maßnahmen resultierend aus § 10 Jugendgerichtsgesetz (Weisungen)**

Herr Döring bezog sich auf eine schriftliche Antwort der Verwaltung zu einer Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen resultierend aus § 10 Jugendgerichtsgesetz (Weisungen) aus dem Stadtrat am 26.04.2023. Er erwähnte den Passus „Der Fachbereich Bildung prüft im Austausch mit der Jugendhilfeplanerin die Etablierung von Maßnahmen gem. § 10 JGG“. **Herr Döring** erkundigte sich, wann ein Prüfergebnis vorliegen könnte.

Herr Frolow teilte mit, dass eine Prüfung hinsichtlich der Haushaltsplanerstellung 2024 erfolgen muss. In diesem Zusammenhang muss eine Kalkulation im Rahmen der Maßnahmen gem. § 10 JGG erstellt werden. Er sagte, dass der Jugendhilfeausschuss über die Anmeldung im Haushaltsplan informiert werden kann.

**zu 9.7 Herr Kramer zur Beschlussvorlage Förderung der Angebote der Träger der
freien Jugendhilfe, Schulsozialarbeit vom 01.08.2023 bis 31.07.2024 -
Prioritätensetzung**

Herr Kramer erkundigte sich, wann die Beschlussvorlage zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe, Schulsozialarbeit vom 01.08.2023 bis 31.07.2024 – Prioritätensetzung im Jugendhilfeausschuss eingebracht wird.

Herr Frolow teilte mit, dass die Beschlussvorlage im nächsten Jugendhilfeausschuss eingebracht wird.

zu 9.8 Herr Dr. Wend zum Bildungsbericht

Herr Dr. Wend erkundigte sich, wann der Bildungsbericht vorgestellt wird.

Frau Goy teilte mit, dass der Bildungsbericht momentan erarbeitet wird. Bei Fertigstellung wird dieser im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

zu 9.9 Herr Dr. Wend zum Fachkräftekonzept Kita

Herr Dr. Wend erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zum Fachkräftekonzept Kita.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.10 Herr Dr. Wend zum Aktionsprogramm Aufholen nach Corona

Herr Dr. Wend erkundigte sich nach der Restmittelverwendung aus dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“.

Herr Frolow sagte, dass eine Information über die Restmittel im nächsten Jugendhilfeausschuss erfolgen wird.

zu 9.11 Herr Dr. Wend zum Kitaportal

Herr Dr. Wend erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zum Thema Kitaportal.

Frau Brederlow teilte mit, dass momentan die finanziellen Mittel für das Jahr 2023 geprüft werden, weil der Umfang dieser Mittel nicht im aktuellen Haushaltplan verankert sind. Sie ist zuversichtlich, dass demnächst die Ausschreibung veröffentlicht werden kann.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 10.1 Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2023 Vorlage: VII/2023/05584

Die Jahresplanung 2023 wurde zur Kenntnis genommen.

Es gab keine Fragen.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer